

Vorwort

Steuermisbrauch prägt, in Zusammenspiel mit dem breiteren Konzept des „*base erosion and profit shifting*“ (BEPS), als einer der meistdiskutierten steuerlichen Themenkomplexe den öffentlichen Diskurs des 21. Jahrhunderts.

Es geht dabei nicht nur um die fiskalischen Aspekte (das heißt erhebliche Einbußen bei den jährlichen Steuereinnahmen der einzelnen Steuerjurisdiktionen in Millionen- und Milliardenhöhe): Das Ausnützen von vagen oder unglücklichen Gesetzesformulierungen, Qualifikationskonflikten und andersartigen „Steuerschlußflöchern“ durch manche Steuerpflichtige, mitunter gepaart mit einer scheinbaren Passivität oder gefühlten Hilfslosigkeit der politischen Führungsrige, tangiert in nicht zu vernachlässigender Weise insbesondere auch die soziale und gesellschaftliche Sphäre, wenn (Steuer-)Rechtsordnungen in der Bevölkerung zunehmend als weniger „fair“, gerecht und/oder solidarisch wahrgenommen werden und in der Folge der Glaube an die Funktionalität des Gesellschaftsvertrags („*contrat social*“), wonach jeder entsprechend seiner Leistungsfähigkeit seinen Beitrag zum Gemeinwohl leistet, zusehends abnimmt. Im Licht der gegenwärtigen multiplen Krisen und korrespondierender wirtschaftlicher und sozialer Spannungen hat diese Diskussion eine zusätzliche Dynamik erlangt.

Die Konsequenzen, die aus solchen unerwünschten Steuergestaltungen herrühren, berühren ganz zentral auch den Kern der Idee der Europäischen Union. Steuermisbrauch untergräbt nicht nur die in den Unionsverträgen verankerten Prinzipien wie Gleichheit, Nichtdiskriminierung und Gerechtigkeit, sondern birgt in Zeiten vielfältiger gesundheitlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisen zudem das Potenzial, neue Konflikte innerhalb der Europäischen Union zu schaffen oder bestehende Konflikte zu verschärfen.

Die Brisanz dieses Themenfelds, ebenso wie eine persönliche Identifikation im Speziellen auch mit den hiermit verbundenen grundlegenden sozialen und gesellschaftlichen Fragen, bildeten die wesentliche Motivation für die Abfassung einer Dissertation zum unionalen Anti-Missbrauchsgrundsatz und seiner Bedeutung für die Missbrauchstatbestände der Anti-BEPS-RL, die dieser Monografie zugrunde liegt. Zum Gelingen der Dissertation haben zahlreiche Menschen auf unterschiedliche Weise beigetragen, denen ich im Folgenden meinen Dank aussprechen möchte.

Zunächst gilt mein Dank der Betreuerin meiner Dissertation, Univ.-Prof. MMag. Dr. *Sabine Kirchmayr-Schliesselberger*, die mich durch ein gemeinsames Publikationsprojekt auf dieses Thema aufmerksam gemacht hat und die mir während des Entstehungsprozesses einerseits den notwendigen Freiraum für eine fundierte Auseinandersetzung mit den aufgezeigten Fragestellungen ließ, mir aber auch andererseits stets für inhaltliche Diskussionen zur Verfügung stand.

Weiterhin bedanke ich mich herzlich bei Univ.-Prof. DDr. *Gunter Mayr* und em. Univ.-Prof. Dr. *Michael Tanzer*, die sich freundlicherweise bereit erklärt haben, meine Dissertation zu begutachten.

Schließlich bedanke ich ganz herzlich bei meinen Eltern, Dr. *Günther* und Mag. *Ingrid Geringer*, die mich stets bei allen meinen Vorhaben gefördert und unterstützt haben; ihnen ist diese Monografie gewidmet.

Die folgenden Erläuterungen berücksichtigen die Rechtslage, Fachliteratur und Rechtsprechung bis inklusive Februar 2023.

Wien, April 2023

Dr. *Stefanie Geringer*